

# Braunschweigs rote Seiten

Stadtzeitung  
der DKP Braunschweig  
August 2013

## Streit um eine Revolutionärin:

# „Feindin der Demokratie“ „verurteilte Terroristin“

Nein, so wird nicht die letzte Braunschweiger Feudalherrscherin, die Kaisertochter Viktoria-Luise bezeichnet – obwohl das angesichts der Verantwortung ihrer Klasse und konkret ihrer Familie für das millionenfachen Sterben im ersten Weltkrieg gar nicht so abwegig wäre. Sie hat sich bewusst in die militaristische Tradition des deutschen Feudalismus gestellt und trug stolz die Militärmütze mit dem Totenkopf-Symbol. Nein, die Hochzeit der Kaisertochter mit dem Braunschweiger Herzog, ist Anlass für eine ganze Veranstaltungsreihe, die die Stadt Braunschweig großzügig finanziert.

„Feindin der Demokratie“, „verurteilte Terroristin“ - damit ist eine der Gegenspielerinnen der Herzogin gemeint: Die Revolutionärin und erste Ministerin Deutschlands: Minna Faßhauer. Sie hat aktiv dazu beigetragen, dass am 9. November 1918 Schluss war mit Kaiserherrlichkeit, Feudalismus und Krieg. Arbeiter und Soldaten schufen mit der November-Revolution überhaupt erst die Grundlage für eine parlamentarische Demokratie, obwohl sie darüber hinausgehende Vorstellungen von Demokratie hatten. Der 8-Stunden-Tag, das Frauenwahlrecht, das Prinzip ein Mensch eine Stimme bei Wahlen, Einrichtung von Betriebsräten und Abschaffung der kirchlichen Aufsicht über das Schulwesen waren einige der bis heute geltenden Errungenschaften der November-Revolution.

Das haben die Monarchisten und andere Demokratie-Feinde nie vergessen.

Erstmals putschten sie 1920 gegen die Weimarer Republik, dann marschierten die Faschisten am 9. November 1923 zur Feldherren-Halle in München und setzten mit der Reichs-Pogromnacht am 9. November 1938 einen ersten traurigen Höhepunkt der Judenverfolgung. Rache für die November-Revolution, Rache an den Revolutionären zieht sich wie ein brauner Faden durch Jahrzehnte deutscher Politik – bis in die Gegenwart. Die Faschisten steckten November-Revolutionäre wie Minna Faßhauer und August Merges ins KZ oder ermordeten sie, wie Paul Gmeiner. Heute läuft die CDU-Braunschweig Amok, angesichts einer möglichen „Würdigung“ Minna Faßhauers durch die Stadt Braunschweig und wird assistiert vom Historiker Gerd Biegel.

Der hat sich mit einem politischen Prozess gegen Minna Faßhauer und andere Braunschweiger Linke im Jahre 1922 beschäftigt und zitiert unkritisch aus der Anklage, die Minna Faßhauer unterstellt, drei anderen Linken Kontakt zu einem anderen Genossen vermittelt zu haben, der wiederum jemanden kannte, der vielleicht an Dynamit käme. Beweise dafür kamen in dem Prozess nicht zutage, trotzdem wurde Minna Faßhauer verurteilt. Die Justiz der Weimarer Republik wird von der Bundeszentrale für politische Bildung im Zusammenhang mit der juristischen Aufarbeitung des Kapp-Putsches wie folgt charakterisiert: *„Ähnlich (wie die Militärgerichtsbarkeit) verfahren die zivilen Gerichte. In 705 Verfahren kam es nur zu einer Verurteilung. Die übrigen Verfahren wurden aus vie-*

*lerlei Gründen eingestellt. Meistens billigte man einfach auch hoch gestellten Persönlichkeiten zu, keine „Urheber“ oder „Führer“ gewesen zu sein und amnestierte sie. Demgegenüber ging die Justiz gegen die Mitglieder der Roten Ruhrarmee wesentlich härter vor. Dies war kein Zufall: Die vom Kaiserreich übernommene Richterschaft neigte dazu, ihre Unabhängigkeit für politisch motivierte Urteile zu missbrauchen. Wie schon die zeitgenössischen Berechnungen des Statistikers Emil Julius Gumbel zeigten, kamen vor Gericht bei denselben Delikten rechte Straftäter im Durchschnitt mit viel geringeren Strafen davon als linke.“*

Quelle: „Informationen zur politischen Bildung“, Copyright Bundeszentrale für politische Bildung [www.bpb.de](http://www.bpb.de) (Unterstreichung: DKP Braunschweig)

Leichtfertig macht Gerd Biegel mit Minna Faßhauer eine der Verteidigerinnen der Weimarer Republik gegen die Kapp-Putschisten zur Befürworterin eines bewaffneten Umsturzes und die CDU-Braunschweig setzt noch einen drauf und macht Minna Faßhauer zur verurteilten Terroristin. Damals wie heute werden politische Oppositionelle gezielt kriminalisiert. Damals wie heute waren es politische Provokateure oder Geheimdienste, die mit Dynamit hantierten – in die Celler Gefängnismauer sprengte der niedersächsische Verfassungsschutz im Juli 1978 ein Loch, um die Tat den Linken in die Schuhe zu schieben. Mit der

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Begründung „Terrorismusbekämpfung“ werden heute Millionen Menschen ausespioniert, Grundrechte außer Kraft gesetzt und Tausende ohne Gerichtsverfahren mittels Drohnen exekutiert.

Auch der Vorwurf „Feindin der Demokratie“ geht ins Leere. Die Novemberrevolutionäre hatten zum Teil tatsächlich andere Vorstellungen von Demokratie als ein parlamentarisches System. Mit der Einrichtung von Räten in verschie-

den Bereichen der Gesellschaft sollten Institutionen einer direkten Demokratie eingerichtet werden, die besonders der Arbeiterklasse mehr demokratische Rechte garantiert hätte als der Parlamentarismus. Also war nicht Abschaffung der Demokratie sondern mehr Demokratie das Ziel von Minna Faßhauer.

Die Mängel der parlamentarischen Demokratie werden gegenwärtig mehr als deutlich: Die Entscheidungen über die Zuwendung hunderter von Milliarden Euro an die Banken fallen innerhalb von Stunden in kleinen Zirkeln. Für die Er-

höhung des Hartz-IV-Satzes um 5 Euro gehen Monate ins Land. Wen wundert es, dass die Beteiligung an dieser Form der Demokratie mittlerweile bei rund 50 Prozent liegt.

Höchstwahrscheinlich hat Minna Faßhauer in ihrem bewegten politischen Leben einige Fehler gemacht, aber einen ganz bestimmt nicht: Sie hat sich nicht mit ungerechten Verhältnissen abgefunden sondern für Frieden und Gerechtigkeit gekämpft. Deshalb ist eine Ehrung durch ihre Heimatstadt mehr als überfällig.

**Reicher Mann und armer Mann  
standen da und sah'n sich an.  
Und der arme sagte bleich:**



## Ehre wem Ehre gebührt

Es wäre uns eine Ehre, die alleinerziehende Mutter Anna S., die sich durch Wohngeld-Anträge quält und nicht aufgibt, wenn am Ende des Geldes noch so viel Monat übrig ist, zur Ehrenbürgerin unserer Stadt zu machen.

Es wäre uns eine Ehre, den Jugend-Trainer Wolfgang K., der jede Woche zwei Mal nach Feierabend die Fußball-Kinder trainiert, auch mal ein Trikot aus eigener Tasche bezahlt, zum Auswärtsspiel nicht von jedem Kind Benzingeld nimmt und den Jungen Respekt vor dem Schiedsrichter beibringt, zum Ehrenbürger unserer Stadt zu machen.

Es wäre uns eine Ehre, die Krankenschwester Susanne R., die in diesem Monat zum dritten Mal „aus dem Frei geholt wurde“, trotzdem freundlich zu den Patienten ist und nach Feierabend mit ihren ver.di-Kolleginnen Aktionen zur Verbesserung ihrer Arbeitssituation plant, zur Ehrenbürgerin unserer Stadt zu machen.

Es wäre uns eine Ehre, den Metall-Facharbeiter Jens M., der sich in zweiter Ehe genauso zuverlässig um die Kinder seiner zweiten Frau kümmert, wie um den Sohn aus erster Ehe, der auch nach 20 Jahren Schichtarbeit noch Spaß an der Fehlersuche an seiner Maschine hat und als Vertrauensmann der IG Metall „eine Bank ist“ wenn es um Aktionen in der Tarifrunde oder gegen die Nazis geht, zum Ehrenbürger unserer Stadt zu machen.

Mit anderen Worten: Uns fallen auf Anhieb tausende BraunschweigerInnen ein, deren Zugehörigkeit zu Braunschweig dieser Stadt zur Ehre gereicht. Zur Ehrenbürgerschaft Ferdinand Piechs fällt uns ganz anderes ein. Er repräsentiert eine Familie, der mehr als die Hälfte des Volkswagen-Konzerns gehört. Die dafür im letzten Jahr 547 Mio Euro Dividende auf Stammaktien eingestrichen hat.

Geehrt werden soll er u.a. für kulturel-

les Engagement an seinem Wohnort, für Unterstützung beim Bau der Volkswagenhalle und für die Erhaltung von Industriestandorten und Arbeitsplätzen in Braunschweig.

Machen genau das nicht tagtäglich tausende Braunschweigerinnen und Braunschweiger ehrenamtlich, ohne ein Milliardenvermögen im Rücken?

Es sagt viel über den Charakter dieses Staates, wenn ein Milliardär Ehrenbürger für etwas wird, was eigentlich selbstverständlich ist.

[www.kommunisten.de](http://www.kommunisten.de)

Impressum:

Herausgeber: DKP Region Braunschweig  
V.i.S.d.P.: Werner Hensel, Wilhelm-Raabestraße 7, 38104 Braunschweig